

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Altlasten in Bremen und Bremerhaven**

Im Land Bremen gibt es eine Vielzahl von stillgelegten Deponien und Industriestandorten. Aus diesen Altlasten können Schadstoffe ausgetragen werden, die vor allem das Grundwasser belasten.

Je länger die notwendigen Sanierungen verzögert werden, um so mehr nehmen die Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung zu. Gerade die aktuellen Verunreinigungen des Grundwassers mit leichtflüchtigen chlorierten Kohlenwasserstoffen (LCKW) in der Neustadt und im Bremer Osten haben zu einer erheblichen Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Die Kontaminationsherde müssen unverzüglich identifiziert und entsprechende Maßnahmen zu deren Beseitigung ergriffen werden.

Mit dem Bundesbodenschutzgesetz von 1998 (BBodSchG) besteht Handlungspflicht: Altlastensanierungen sind danach erforderlich, wenn von Altablagerungen oder Altstandorten schädliche Bodenveränderungen oder sonstige Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit hervorgerufen werden.

Wir fragen den Senat:

1. Bei welchen Altlasten werden für welche Schadstoffe die Grenzwerte (Maßnahmenschwellenwerte nach BBodSchV) überschritten?
2. Für welche dieser Altlasten resultiert die Bewertung, dass Maßnahmen nach § 2 Abs. 7 oder 8 des Bundesbodenschutzgesetzes erforderlich sind? Welche Altlasten überschreiten Maßnahmenschwellenwerte (nach BBodSchV), ohne dass der Senat Handlungsfolgen nach § 2 Abs. 7 oder 8 des Bundesbodenschutzgesetzes beabsichtigt? Wie ist das zu begründen?
3. Welche Reihenfolge der Sanierungsnotwendigkeiten ergibt sich aus der Gefährdungsbewertung? (Bitte jeden Standort aufführen)
4. In welcher Reihenfolge und in welchen Zeiträumen soll die Sanierung welcher Altlasten durchgeführt werden? (Bitte jeden Standort aufführen)
5. Welche Haushaltsmittel sind hierfür von 2003 bis 2010 vorgesehen bzw. geplant? (Bitte pro Jahr angeben)
6. Kann mit dem soweit vom Senat vorgesehenen Finanzrahmen den Verpflichtungen des Bundesbodenschutzgesetzes entsprochen werden?

Dr. Karin Mathes, Peter Lehmann,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen